

"Willy Brandt: Es wäre falsch, Paris unter Druck zu setzen" in Der Spiegel (12. Mai 1969)

Legende: Am 12. Mai 1969 äußert sich Willy Brandt, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland (BRD), im Nachrichtenmagazin Der Spiegel zur Europapolitik der Bundesregierung nach dem Rücktritt Charles de Gaulles und kommentiert die neuen Beitrittsaussichten des Vereinigten Königreichs zu den Europäischen Gemeinschaften.

Quelle: Der Spiegel. 12.05.1969, Nr. 20. Hamburg. "Es wäre falsch, Paris unter Druck zu setzen", auteur:Brandt, Willy , p. 29-31.

Urheberrecht: Willy Brandt

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"willy_brandt_es_ware_falsch_paris_unter_druck_zu_setzen"_in_der_spiegel_12_mai_1969-de-363ac2ba-43ff-40fb-8e60-98c834da7201.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 03/07/2013

„Es wäre falsch, Paris unter Druck zu setzen“

SPIEGEL-Interview mit Bundesaußenminister Willy Brandt über die Bonner Europa-Politik nach de Gaulle

SPIEGEL: Herr Minister, schon 14 Tage lang ist de Gaulle, der den EWG-Beitritt Englands jahrelang blockiert hat, Pensionär. Haben Sie vor, die neue Lage zu nutzen, indem Sie nun den Außenministern der anderen EWG-Staaten Initiativ-Vorschläge für rasche Beitrittsverhandlungen mit England machen?

BRANDT: Nein. Wir - die Außenminister der EWG - hatten uns schon vor dem Rücktritt General de Gaulles verständigt, darüber zu reden: Was kann man sich in diesem Jahr in der EWG vernünftigerweise vornehmen, mit welchem Arbeitsprogramm kommt man durch? Aber da sich nun schon herausgestellt hat in den letzten paar Jahren, daß man die Frage des inneren Ausbaues der EWG von den Fragen der Erweiterung nicht einfach trennen kann, wird darüber auch geredet werden. Die Frage ist: Kommen die Sechs in den nächsten Monaten - ich sage ganz bewußt: in den nächsten Monaten - zu einer Verständigung darüber, wie das Beitrittsverfahren eingeleitet wird?

SPIEGEL: Ist die Bundesrepublik sich selber denn schon einig, was sie vorschlagen will als Procedere für die Einleitung von Beitrittsverhandlungen? Der Bundeskanzler möchte die EWG als europäischen Kristallisationspunkt erhalten wissen und die Beitrittsaspiranten durch handelspolitische Arrangements mit dieser Kern-EWG zunächst einmal nur lose verflechten. Sie wollen dagegen Beitrittsverhandlungen mit dem Ziel der Vollmitgliedschaft.

BRANDT: Nun ist dies kein Gespräch mit dem Bundeskanzler - der weiß für sich selbst zu antworten - sondern jetzt antwortet der Außenminister. Und der sagt, hier gibt es gar keine Auswahlmöglichkeiten für die deutsche Politik; denn die deutsche Politik hält sich an die Römischen Verträge. Die gelten und die sehen genau vor, was zu geschehen hat, wenn europäische Staaten um den Beitritt nachsuchen. Wir können uns da nicht noch anderes aussuchen, solange es keine anderen Verträge gibt.

SPIEGEL: Sie meinen also, es gibt nur eine Auslegungsmöglichkeit: Nach den Römischen Verträgen müssen Beitrittsverhandlungen, wenn die Sachfragen geklärt sind, zu einer Aufnahme führen?

BRANDT: Ja, mit einer kleinen Modifikation. Ich halte für uns die Bereitschaft, Verhandlungen einzuleiten, für zwingend aus unserer ganzen bisherigen Argumentation. Dann, wenn das Verhandlungsergebnis auf dem Tisch liegt, sind noch einmal alle Beteiligten - die Gemeinschaft einerseits, die um den Beitritt Bemühten andererseits - frei, eine Entscheidung zu fällen.

SPIEGEL: Herr Minister, Sie haben in London gesagt, Sie rechneten noch vor Ende des Jahres mit dem Beginn von Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens.

BRANDT: Ja.

SPIEGEL: Ist Ihrer Meinung nach mit dem Rücktritt von de Gaulle das französische Veto gegen die Aufnahme nunmehr vom Tisch?

BRANDT: Ich habe in London gesagt, daß wir uns Ende dieses Jahres in Verhandlungen befinden werden. Im Februar 1968 hatten wir uns mit den Franzosen darauf verständigt, ein handelspolitisches Arrangement zwischen der EWG und den Beitrittswilligen „in der Perspektive des Beitritts“ vorzuschlagen. Hier liegt wahrscheinlich der Ansatzpunkt für das, was in nächster Zukunft von Bedeutung sein wird: deutlich zu machen, daß es sich beim handelspolitischen Arrangement nicht um eine Ersatzlösung für den Beitritt handelt, sondern um etwas, was mit dem erstrebten Beitritt in einen direkten Zusammenhang gebracht wird.

SPIEGEL: In demselben Augenblick, wo Sie den Engländern versprochen haben, auf einen rascheren England-Beitritt zu dringen, hat Kanzler Kiesinger vor einem allzu raschen Vorpreschen gewarnt. Er nannte es „politisch dumm“. Wie will die Bundesregierung diesen Gegensatz in ihren eigenen Reihen austragen?

BRANDT: Nein, da ist kein Gegensatz. Ich halte an der erklärten deutschen Politik fest, so wie sie in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 niedergelegt ist. Hier stimme ich mit Bundeskanzler Kiesinger überein: Es wäre ganz falsch, in dem Sinne vorzupreschen, daß Frankreich sich unter Druck gesetzt fühlt. Dies hielte ich für ganz unerwünscht und für schädlich.

SPIEGEL: Hat es denn überhaupt Sinn, jetzt schon mit der französischen Übergangsregierung zu sprechen, mit Ihrem Kollegen, der ja nur auf Abruf im Amt ist?

BRANDT: Die Franzosen müssen zuerst mit ihren Dingen zurechtkommen. Wir müssen derweil alles vermeiden, was wie Druck oder gar wie Einmischung aussieht, gar nicht zu reden von einer möglichen Demütigung des französischen Partners. Und nachdem nun schon alles eine bestimmte Zeit gebraucht hat, geht die europäische Welt nicht unter, wenn auch noch die Sommerpause darüber hinweggeht, bevor man den neuen Ansatz findet.

SPIEGEL: Muß der neue Ansatz, die neue Initiative von Paris ausgehen?

BRANDT: Sie muß nicht, aber es wäre gut, wenn von dort ein Signal käme. Es ist keine Kunst, aus den Schubladen bei uns und anderswo mehr oder weniger interessante Dinge herauszuholen. Aber was allein politisch-ökonomisch interessant wäre, das ist eine Andeutung darüber, was unsere französischen Nachbarn für einen möglichen nächsten Schritt halten. Das bedeutet ja noch nicht, daß man damit einverstanden ist.

SPIEGEL: Bislang galt General de Gaulle als der große Bremser eines England-Beitritts. Jetzt müßte es mit dem Beitritt doch viel rascher gehen. Oder sehen Sie weitere Bremser?

BRANDT: Es gibt besondere Positionen, wie sie durch General de Gaulle und seine Regierung vertreten wurden. Aber man würde sich großen Illusionen hingeben, wenn man glaubte, eine neue französische Regierung, ganz gleich, wo sie politisch steht, verfolge künftig nicht auch auf vielen Gebieten vermeintliche gaullistische Positionen weiter, die sich schlicht aus der Interpretation französischer Interessen ergeben.

SPIEGEL: Herr Minister, gehen wir denn so fehl in der Annahme, daß die Bremser nicht auch in Deutschland sitzen?

BRANDT: Wo soll es denn die geben?

SPIEGEL: Beispielsweise im Kanzleramt.

BRANDT: Das glaube ich nicht.

SPIEGEL: Meinen Sie nicht, daß Baron von Guttenberg oder der Staatssekretär Carstens, die Ratgeber des Kanzlers also, die Lage sehr viel anders beurteilen als Sie?

BRANDT: Nein, das glaube ich nicht.

SPIEGEL: Sind Sie sicher, daß die ganz auf Ihrer Seite stehen: Nun mit England rasch - und rasch heißt überhaupt - Verhandlungen aufzunehmen über den Beitritt?

BRANDT: Das ist deutsche Politik, solange sie nicht durch eine andere Regierungserklärung ersetzt wird.

SPIEGEL: Gehören zu den Bremsern, wenn wir schon mal auf der Suche nach solchen sind, nicht auch die Amerikaner, denen an einem gespaltenen Europa-Markt heute vielleicht eher gelegen sein kann als an einem kompakten europäischen Wirtschaftsgebilde?

BRANDT: Aus dem Ost-West-Konflikt alter Prägung heraus entstand in der Johnson-Administration die Theorie. Amerika sei bereit, die diskriminierenden Wirkungen eines großen westeuropäischen Marktes in Kauf zu nehmen, wenn dem eine politische Einigung entspräche. In die jetzige Administration allerdings

wirkt ein etwas stärkeres protektionistisches Interesse hinein.

SPIEGEL: Und da hat man nun lieber zwei Blöcke, die einander konkurrierend gegenüberstehen, als nur einen kompakten Block.

BRANDT: Hier schneiden sich heute mindestens zwei Hauptinteressen. Da ist einmal diese protektionistische Neigung. Das andere aber ist unter Nixon ein stärkerer Pragmatismus. Es wird heute in den Vereinigten Staaten leichter verstanden als vor einem Jahr, wenn man sagt: Ihr habt euch geirrt, wenn ihr geglaubt habt, ein wirtschaftlicher Zusammenschluß Westeuropas würde mehr oder weniger automatisch auch zu einem politischen Zusammenschluß führen.

SPIEGEL: Werden bei den kommenden Gesprächen der EWG-Außenminister wieder Pläne hervorgeholt werden, die eine politische Einigung der EWG voranbringen sollen?

BRANDT: Ich weiß nicht, was politische Einigung der EWG heißt. Ich weiß nicht, ob Professor Hallstein jemals geglaubt hat, er würde Ministerpräsident Westeuropas werden. So wie die Realitäten heute sind in unserem Teil Europas, gibt es darauf keine Antwort, wenn man nicht die Beitrittsfrage gleichzeitig mit den anderen Fragen behandelt. Es wird kein holländisches, aber auch kein italienisches Ja zur politischen Einheit der Sechs geben, wenn die England-Frage weiter ausgeklammert bleibt. Was man bei mißverständlicher Auslegung der Gespräche zwischen General de Gaulle und dem britischen Botschafter in Paris, Soames, hier und da gesehen hat, nämlich die Möglichkeit eines Viererblocks Frankreich, England, Deutschland und Italien, das ist für uns gar keine Lösung. Wir müssen ein anderes Konzept haben, das die Mittleren und Kleineren nicht ausschaltet. Man muß Anstrengungen auf beiden Ebenen haben, auf dem ökonomischen und politischen Feld. Dazu gibt es einen Ansatzpunkt in der Westeuropäischen Union, aus der sich Frankreich zurückgezogen hat. Wir könnten den Franzosen mit Formeln und Vorschlägen dienen.

SPIEGEL: Teilen Sie die Befürchtung, daß Vorschläge von uns eventuell gar nicht mehr gefragt sind, weil sich nach dem Rücktritt de Gaulles England und Frankreich in Weiterverfolgung der Soames-Kontakte zur alten Entente cordiale verbünden könnten, als Gegengewicht zu der wirtschaftlichen Europa-Dominante der Bundesrepublik?

BRANDT: Ich habe da auch schon solche Andeutungen gelesen.

SPIEGEL: Wir haben so etwas sogar aus der Umgebung des Bundeskanzlers gehört.

BRANDT: Das hat nichts mit unserer heutigen Wirklichkeit zu tun. Ich sage es nicht mit Überheblichkeit: Keine Rechnung in Westeuropa gegen die Bundesrepublik Deutschland geht auf. Das wissen die auch.

SPIEGEL: Aber gibt es nicht doch Ansatzpunkte für eine solche neue Entente? England und Frankreich sind ehemalige Kriegsgegner von uns, beide sind Nuklearmächte, und beide stehen in einem sehr engen wissenschaftlich-technischen Kontakt miteinander.

BRANDT: Ihre Aufzählung beginnt schon im ersten Element mit einem Anachronismus. England und Frankreich waren zwar Kriegsgegner Deutschlands, aber das ist die alte Welt. Das hat nichts mehr mit der Wirklichkeit zu tun, in der wir leben.

SPIEGEL: Kann es nicht doch so etwas noch geben, was nur von der Deutschland-Präferenz des großen Generals überdeckt wurde?

BRANDT: Unterstellt, Sie hätten recht. Ich kann mir nichts Besseres wünschen für deutsche und europäische Politik, als daß sich die Engländer und Franzosen besser verstehen. Ich bin absolut sicher, daß wir dabei nicht unter die Räder kommen. Die Zeit ist vorbei, in der wir aus den Gegensätzen der anderen lebten. Das war mal. Wir leben besser, wenn zwei so wichtige Nachbarn sich gut verstehen. Ein Deutschland, das herumläuft mit Mißtrauen erfüllt und glaubt, es wird ausgepöckelt, dieses ist im Grunde ein von Minderwertigkeitskomplexen geplagtes Deutschland und ist nicht das, das ich zu vertreten wünsche.

SPIEGEL: Glauben Sie nicht, daß gerade wir dieses Mißtrauen säen, beispielsweise mit unserer Währungspolitik. Die Deutschen haben sich aufgespielt als die Währungsschulmeister Europas.

BRANDT: Haben sie?

SPIEGEL: Ja, wir haben im November nicht aufgewertet, weil, so sagte es Ihr Kollege Strauß, wir nicht die Rechnung der anderen bezahlen wollten.

BRANDT: Jetzt will ich Ihnen mal was sagen: Ich leide ja nicht an Minderwertigkeitskomplexen. Aber die Währungsgeschichte jetzt auch noch auf meine Schultern zu nehmen, daran denke ich nicht. Dies überlasse ich den beiden hauptzuständigen Kollegen. Und wenn die sich nicht einigen...

SPIEGEL: ... Was machen wir dann mit ihnen?

BRANDT: ... dann muß man sich zwischen ihnen entscheiden. Das Unerträglichste ist, daß wir uns als eine der undiszipliniertesten Nationen und insofern unerwachsen darstellen. Man glaubt, wir seien entweder dumm oder böswillig gegenüber anderen. Und die, die das vermuten, wissen nicht, daß es noch eine dritte Möglichkeit gibt: nämlich nur nicht genügend diszipliniert zu sein. Es tut mir leid, das so hart sagen zu müssen.

SPIEGEL: Damit laufen wir doch Gefahr, eben die Erwachsenen gegen uns Halbstarke zu einen.

BRANDT: Da gibt es objektive Faktoren. Jetzt hört sich das fast an, als ob ich wie ein Marxist argumentierte. Da gibt es objektive Faktoren, die dafür sorgen, daß, wenn wir nicht verrückt spielen, keine Rechnung aufgeht, aus der wir ausgelassen sind.

SPIEGEL: Innerhalb der Bundesregierung scheint aber doch die Furcht nicht ganz beseitigt zu sein, Franzosen und Engländer könnten nach de Gaulles Rücktritt sich gegen uns zusammenfinden.

BRANDT: Mich ödet das an. Jetzt wiederholt sich in Europa die ganze Geschichte, mit der wir den Amerikanern schon auf die Nerven gefallen sind. Die müssen sich doch vorkommen wie der junge Mann, den die Freundin immer wieder fragt: Liebst du mich noch? Das geht auf die Nerven; das geht überhaupt nur eine bestimmte Zeit. So zu tun, als ob man an der Bundesrepublik Deutschland vorbeigehen oder sie gewissermaßen verschaukeln könnte, das zeugt von einer völligen Fehleinschätzung der Lage. Andere schaffen es nicht, nur wir selbst könnten es schaffen. Wir haben auf diesem Gebiet schon große Dinge geleistet. Das ist wahr.